



Gemeinsame Pressemitteilung

vom

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)

und

VSR-Gewässerschutz e.V.

Umweltverbände fordert von Aigner die Umsetzung der vom Bundesrat beschlossenen Verordnung zur Kontrolle von Gülle

(Bonn/Geldern, 15. 4. 2010) Eine neue Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdünger beschloss der Bundesrat am 26.März. Abgeber und Aufnehmer und mit dem Transport von überbetrieblich verwerteten Gülle beauftragte Unternehmen sollen damit zur detaillierten Aufzeichnungen von Art, Menge, Stickstoff- und Phosphatgehalte sowie Anschriften der beteiligten Betriebe gezwungen werden. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der VSR-Gewässerschutz sehen die Verordnung als einen Schritt in die richtige Richtung. „Endlich wird eine höhere Transparenz und eine Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten bei der Entsorgung der Gülle auf den Feldern verlangt und somit die extreme Nitratauswaschung limitiert.“

so Harald Gülzow. Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des BBU

Güllebörsen sollen einen Ausgleich zwischen Regionen mit intensiver Viehhaltung und Regionen mit wenig Tierhaltung und hohem Nährstoffbedarf schaffen. Doch ist der Transport in Regionen mit sehr großer Viehdichte sehr teuer, da die Gülle über weite Strecken transportiert werden muss. So können Kosten entstehen die eine Aufstockung der Tierzahlen unwirtschaftlich machen. „Um diesem Druck zu entgehen und weil Regelungen und Kontrollen über den Verbleib der Gülle unzu-

reichend sind, findet in Gebieten mit Massentierhaltung eine Überdüngung der Böden statt.“, so Susanne Bareiß-Gülzow, Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz. In seinem Projekt „Nitratbelastung der Gewässer“ stellt der VSR-Gewässerschutz in Regionen mit hoher Viehdichte überdurchschnittlich hohe Nitratbelastungen im Grundwasser fest. Dieses belastete Grundwasser gelangt dann über die Flüsse in die Nord- und Ostsee und führt dort zur Eutrophierung mit allen ihren negativen Folgen. Daten über die Belastung des Grundwassers in verschiedenen Regionen sind auf der Homepage des VSR-Gewässerschutzes (www.VSR-Gewaesserschutz.de) dargestellt.

Eine Massentierhaltung, in der Gülle nicht auf dem eigenen Land ausgebracht wird, sondern von Gülletransporteuren abgeholt werden muss, bringt notgedrungen einen hohen Aufwand für Aufzeichnungen und Meldepflichten für die Betriebe mit sich. Erfahrungen aus Dänemark zeigen, welche Regelungen und Auflagen möglich und für die Betriebe auch tragbar sind. Die dänischen Aufsichtsbehörden überwachen die Landwirtschaft nach einem der weltweit strengsten Verfahren. Es werden unangemeldete Besuche vorgenommen, um z.B. die Flächennutzung, Düngerbilanzen, Abstände zu Gewässern, das Management von Gülle, etc. zu überprüfen. Durch die Maßnahmen konnte der Stickstoffüberschuss um 48 % verringert werden. Trotzdem blieb Dänemark im EU-Vergleich das fünftgrößte Erzeugerland für Schweine.

Die beiden Verbände fordern die Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner auf, die vom Bundesrat beschlossene Verordnung zu erlassen. Diese stellt für den Schutz des Grundwassers einen wichtigen Schritt dar. Längerfristig muss der Weg allerdings mehr in Richtung flächenabhängiger Tierhaltung gehen. Der ökologische Landbau trägt am wenigsten zur Nitratbelastung des Grundwassers bei und muss deshalb immer weiter ausgedehnt werden.

Kontakt:

Dipl.-Phys. Harald Gülzow Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des BBU	BBU Prinz-Albert-Str. 55 53113 Bonn www.bbu-bonn.de	Tel. 0170 3856076 eMail: guelzow@bbu-bonn.de
Dipl.-Oecotroph. Susanne Bareiß-Gülzow Vorsitzende vom VSR-Gewässerschutz	VSR-Gewässerschutz Egmondstr. 5 47608 Geldern www.vsr-gewaesserschutz.de	Tel. 02831 980281